

Als Lindaus Stadtrat 1982 Atomwaffen aus dem Stadtgebiet verbannte

Der aktuelle fürchterliche Krieg in der Ukraine spülte u.a. auch das seit Jahrzehnten lauende Thema eines Atomkrieges wieder an die mediale Öffentlichkeit. Vor 40 Jahren fasste Lindaus Stadtrat diese Waffentechnologie betreffend den wegweisenden Beschluss, „keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Lagerung und dem Transport von Atomwaffen in Lindau dienen“.¹



Aufkleber zu „Atomwaffenfreien Zone Lindau“ der Lindauer Friedensinitiative sowie der Bunten Liste Lindau, welcher ab Herbst 1982 verbreitet wurde. Original in der Sammlung Schweizer, Lindau.

Damit hatte sich der Stadtrat in eine markante Lindauer Antiatomwaffentradition der 1950er Jahre gestellt. Mit der als „Lindau/Bodensee, 15. Juli 1955“ datierten „Mainauer Kundgebung“ hatten achtzehn Laureaten der internationalen Lindauer Nobelpreisträgertagungen, darunter die Göttinger Professoren Otto Hahn und Werner Heisenberg, u.a. erklärt, „voller kriegerischer Einsatz der heute möglichen Waffen kann die Erde so sehr radioaktiv verseuchen, dass ganze Völker vernichtet würden [...] Alle Nationen müssen zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten. Sind sie dazu nicht bereit, so werden sie aufhören zu existieren.“¹ Darauf und auf die Erklärung des Friedensnobelpreisträgers Albert Schweitzer vom April 1957 sich berufend, hatte Lindaus Stadtrat auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig beschlossen, beide Erklärungen zu unterstützen und dies öffentlich bekannt zu machen.² Außerdem wurde Lindaus Beitritt zur Initiative des Internationalen Roten Kreuzes auf Anerkennung als waffenfreie und militärisch neutrale „weiße Zone“ beschlossen. Dies wurde allerdings von der dafür zuständigen damaligen Bundesregierung unter Conrad Adenauer (CDU) abgelehnt.³

Im Juli 1958 waren achtzehn Lindauer Studierende an meist Münchner Hochschulen, darunter Dorothea Egg, Alfred Karnein und Christian Wentzlaff-Eggebert, mit einer Petition an den Allgäuer Bundestagsabgeordneten Georg Krug (CSU) sowie einem Transparent gegen eine atomare Bewaffnung der neuen Bundeswehr an die Öffentlichkeit getreten: „Die unterzeichneten Lindauer Studenten lehnen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr nachdrücklich ab [...] Sie vertreten entgegen der Bundesregierung die Meinung, dass in Mitteleuropa mit der atomaren Rüstung gar nicht erst begonnen werden darf [...]

Sie halten daran fest, dass der Sicherheit des gesamten deutschen Volkes nur eine konsequente Politik der Entspannung dient. Die unterzeichnenden Studenten schließen sich damit allen gleichgerichteten Mahnungen der Naturwissenschaftler, Theologen und Philosophen an...“⁴

Ein Vierteljahrhundert später beantragte die erst im Jahr zuvor gegründete und noch nicht in Lindaus Stadtrat vertretene Bunte Liste in Absprache mit der damaligen Friedensinitiative Lindau, der Stadtrat möge den Transport sowie die Lagerung von atomaren Waffen im Stadtgebiet verhindern. Den politisch-militärischen Hintergrund bildete, dass die NATO einerseits und der Warschauer Pakt andererseits mit Beginn der 1980er-Jahre einen erneuten Hochrüstungswettlauf mit auch atomwaffenfähigen Mittelstreckenraketen begonnen hatten.



Lindauer Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einem Zwischenstopp des Busses der Bunten Liste Lindau auf der Fahrt zur Münchner Demonstration vom 17. April 1982 gegen den NATO-Doppelbeschluss zur weiteren Aufrüstung mit auch atomar bestückbaren Mittelstreckenraketen. Foto: Karl Schweizer.

Der Lindauer Antrag aber wäre beinahe im nichtöffentlichen Teil der Stadtratssitzung vom 27. Juli 1982 durch „Nichtbefassung“ unter den Tisch gefallen. Auf Initiative des SPD-Stadtrates Hermann Dorf Müller aber wurde er in den öffentlichen Teil der Sitzung verschoben. Dort entspann sich eine intensive Diskussion, bei welcher Hermann Dorf Müller u.a. auf einen ähnlichen aktuellen Beschluss der Stadt Nürnberg verweisen

konnte. SPD-Stadtrat und DGB-Kreisvorsitzender Franz Fiala erinnerte dabei u.a. auf die entsprechenden Lindauer Stadtratsbeschlüsse vom Mai 1957. Am Schluss beschloss Lindaus Stadtrat einstimmig den Antrag der Bunten Liste. Auch die damals 14 Stadtratsmitglieder der CSU hatten zugestimmt.

Damit wurde Lindau eine der ersten fünf bundesdeutschen Städte mit derartigen Anti-Atomwaffenbeschlüssen. In den Niederlanden waren es zu diesem Zeitpunkt bereits 30 Städte und Gemeinden mit ähnlichen Beschlüssen, in Großbritannien schon 139 Städte. Finnlands Regierung wollte mit dem „Kekkonenplan“ eine Atomwaffen freie Zone Skandinavien unter Einbezug sowjetischer Grenzgebiete erreichen.

Die Initiative der Lindenberger Friedensgruppe zusammen mit dem dortigen Arbeitskreis Dritte Welt vom Juli 1983, das dortige Stadtgebiet als atomwaffenfreie Zone zu erklären, scheiterte an einer knappen Stadtratsmehrheit, welche sich der hier gegnerischen Auffassung der bayerischen Staatsregierung und des Lindauer Landrates anschloss.⁵

Erfolgreicher war die entsprechende Initiative in der badischen Bodenseestadt Konstanz. Dort beschloss der Gemeinderat am 18. Oktober 1984 u. a., „im Rahmen des geltenden Rechts keine Maßnahmen zuzulassen oder zu unterstützen, die der Stationierung, der Lagerung oder der Herstellung von atomaren, chemischen oder biologischen Waffen im Gebiet der Stadt Konstanz dienen.“⁶

Die Lindauer Atomwaffen-Entscheidung von 1982 war von der bayerischen Staatsregierung kritisiert worden. Doch eine „standhafte“ (LZ) Stadtratsmehrheit von 20 zu 9 CSU-Stimmen bekräftigte diesen im April 1983 auch auf Empfehlung von Oberbürgermeister Steurer: „Die Stadt Lindau ist nicht gewillt, den Beschluss zurückzunehmen.“⁷

© Karl Schweizer, www.edition-inseltor-lindau.de; März 2022

¹ „Mainauer Erklärung“, Lindau/Bodensee, 15. Juli 1955, <https://www.mpg.de/18359046/otto-hahn-und-die-mainauer-deklaration>

² Lindauer Zeitung vom 9. Mai 1957 sowie Leserbrief in der LZ vom 2. Mai 1957.

³ „Tage, die die Welt erschütterten“ in „HOY-BOTE“ der Bunten Liste Lindau, Nr. 2 vom September 1982.

⁴ „Lindauer Studenten gegen Atomrüstung“ in Lindauer Zeitung vom 10. Juli 1958.

⁵ „Keine Diskussion über Atomwaffen“ in „Wochenblatt Lindau“ vom 28. Juli 1983.

⁶ Bekanntmachung der Stadt Konstanz betreffend „Resolution des Gemeinderates der Stadt Konstanz zum Thema ABC-Waffen auf Konstanzer Gemarkung, verabschiedet am 18. Oktober 1984.“

⁷ Alexander Kiss, „Übertölpelt, überfordert, überrumpelt“ in „konkret“, Juli 1983.